# Siegeszug im Land der Sowjets!

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Belegschaften der einzelnen Betriebe zeigen in Schaubildern, wie sie den Fünfjahrplan erfüllen. Sie tragen die Bilder der besten Stoßbrigadler den einzelnen Abteilungen voran.

## Stärkt den Schutz der Sowjetunion

mahnt ein anderes Transparent. Das sowjetrussische Proletariat kennt seine Feinde. Hier trägt man eine Karikatur auf den Völkerbund, einen Kerl, der mit Tinte arbeitet. Dort trägt man einen Sozialdemokraten, der in der einen Hand einen Panzerkreuzer und in der anderen einen Gummiknüppel hält und gegen die Sowjetunion schreibt: „Sie verhungern". Deterding, Mussolini, Hitler und Chamberlain sind ebenfalls in Karikaturen vertreten.

Wir verlassen den Platz, um den Demonstrationszügen entgegenzugehen. Endlos ziehen sie sich hin. Zahllose Musikkapellen, Sprechchöre, Sportler mit ihren Abzeichen, Skiläufer mit Schiern. Man singt, scherzt, tanzt auf der Straße wenn der Zug stoppen muß. Die Belegschaft des Elektrosawod marschiert mit riesigen Refraktoren heran. Die Belegschaft des „Dynamo" zeigt die Bilder ihrer Stoßbrigadler. Dazwischen immer wieder Karikaturen auf die Feinde der Arbeiterklasse. Dasselbe bunte Bild ohne Unterbrechung, auf den Bürgersteigen kaum ein Zuschauer, ganz Moskau marschiert im Demonstrationszug.

**Das arbeitende Volk von einem Sechstel der Erde feiert so den Jahrestag seiner siegreichen Revolution.**

# Ebert oder Lenin?

### Zwei Wege — zwei Weltsysteme

**13 Jahre deutsche Revolution, 14 Jahre russische Revolution** — ein Grund zu Vergleichen, zu Gegenüberstellungen, zu Betrachtungen.

Vor zwei Wochen hat die „Frankfurter Zeitung", eine der führenden bürgerlichen Zeitungen Deutschlands, ihr 75jähriges Jubiläum gefeiert. In einem stattlichen Heft, betitelt „Nachkriegskapitalismus", versuchte diese Zeitung, den Kapitalismus als System zu verteidigen und zu rechtfertigen. Man blättert in diesem Heft, und man überzeugt sich mit jeder Seite mehr, wie schlecht es die Anwälte des Kapitalismus in unserer Zeit haben.

75 Jahre „Frankfurter Zeitung" ist zugleich die Zeit des Glücks und Ende des deutschen Kapitalismus, die Zeit seines stürmischen Aufstiegs und seines ruhmlosen Niedergangs. Die „Frankfurter Zeitung" selbst ist dafür das beste Beispiel: Von Leopold Sonnemann zur IG-Farbenindustrie. Leopold Sonnemann, der Gründer der „Frankfurter Zeitung", der Wortführer der jungen vorwärtsstrebenden deutschen Bourgeoisie, und die jetzige „Frankfurter Zeitung", im Schatten der großen vierstöckigen Gebäude im Norden Frankfurts, der Verwaltungsgebäude des Konzerns des Herrn Duisberg.

Favag, Nordwolle, Schulthelß, Karstadt, Wiking, Miag, Blumenstein, Linoleumtrust, Zeche Ewald, Danatbank — so heißen die großen Finanzskandale der letzten Monate. Ein verfettetes, talentloses, jedenfalls enormes Gesindel von Wirtschaftsführern hält die Knotenpunkte der deutschen Wirtschaft in Händen. Ist das ein Zufall? Keineswegs. Das System, das versaulende kapitalistische System, ist nicht mehr imstande, andere Wirtschaftsführer als Lahusen, Dumke-Favag und Goldschmidt an die Oberfläche zu befördern.

Friedrich Flick und Otto Wolff von den Vereinigten Stahlwerken sind nunmehr an der Reihe. Der Stahltrust, der mehr als die Hälfte der deutschen Kohle und Eisen beherrscht, wankt. Die Aktien dieses Trusts werden mit zehnprozentigem Nominalwert von Bank zu Bank gehandelt.

Hier sind wir mitten in den entscheidendsten Problemen des deutschen Kapitalismus. Mit erstaunlicher Genialität hat Marx vor 80 Jahren die Konzentrationstheorie formuliert, ausgebaut und zum Grundstein seiner Prognose der kapitalistischen Entwicklung gemacht. Jahrzehntelang haben die bürgerliche „Wissenschaft" und ihre Ableger unter den Reformisten aller Schattierungen gegen diesen Grundgedanken angerannt. Aber die Geschichte des Kapitalismus hat Marx mit durchschlagender Eindeutigkeit Recht gegeben. Der größere Betrieb frißt den kleineren auf, und das ist im Laufe von vielen Jahrzehnten dem Kapitalismus wohl bekommen. Aber die Zeiten haben sich geändert, der erstarrte, dem Tode sich zuneigende Kapitalismus kann das Fressen nicht mehr verdauen.

Noch 1930 hatte der Stahltrust einen Umsatz von etwa 1,3 Milliarden Mark, 1931 sind es nur noch 840 Millionen Mark. Der Rückgang um etwa 40 Prozent ist schlimm genug. Der Witz ist aber der, daß der Produktionsapparat der Vereinigten Stahlwerke für einen solchen verminderten Umsatz nicht ohne Verlust arbeiten kann.

400 Millionen Mark hatte der Stahltrust in den letzten Jahren für Rationalisierungszwecke ausgegeben. Fließbänder und rollende Tische, gewaltige Kraftanlagen und mechanische Beförderungsmittel, riesige Maschinen und Bauten, sie alle sind auf Massenproduktion eingestellt. Das, was der alte kapitalistische Betrieb in Krisenzeiten konnte, können die Vereinigten Stahlwerke nicht. Sie können nicht ihre Produktion um die Hälfte vermindern, ohne pleite zu gehen. „Der Fluch der fixen Kosten", das ist zum geläufigen Wort in der Wirtschaftsliteratur geworden.

Vor einigen Tagen brachten die Zeitungen die Meldung aus Moskau über die Eröffnung eines neuen Autobetriebes, des größten Autobetriebes der Welt, in Nischni-Nowgorod. Alle Nachrichten und Augenzeugen aus der Sowjetunion, wenn sie über neue Bauten erzählen, bewundern insbesondere das Ausmaß, die Grandiosität. Das ist auch verständlich, die Vorteile der Konzentration, der Massenproduktion liegen auf der Hand.

Was in der Sowjetunion ein Segen, ist im kapitalistischen Deutschland ein Fluch.

Noch ein Detail aus dem Stahltrust ist nicht ohne Interesse. Die sowjetrussische Wirtschaft wird bekanntlich nach einem Plan organisiert und geführt. Auch der deutsche Stahltrust wollte planmäßig arbeiten. Deutschland hat keine eigenen Erze, und nun haben die Herren vom Stahltrust danach getrachtet, eine stetige Bezugsquelle für Erz zu erschließen. Es wurde mit einer schwedischen Firma, einer dem Kreuger-Konzern nahestehenden Gesellschaft, ein Vertrag auf zehn Jahre mit festen Preisen und Lieferungsmengen abgeschlossen. Inzwischen hat die Krise eingesetzt, die schwedischen Erze müssen vertragsmäßig nach den vereinbarten Preisen und Mengen jährlich abgenommen und natürlich bezahlt werden. In eingeweihten Kreisen rechnet man, daß der schwedische Vertrag dem Stahltrust mindestens 150 Millionen Mark kostet. Das ist ein Kapitel kapitalistischer „Planwirtschaft".

Die großen Erfolge der sowjetrussischen Wirtschaft sind im nicht geringem Maße ihrem Plan zuzuschreiben. Aber was für die Sowjetunion ein Segen, ist für das kapitalistische System ein Fluch.

Ein so überzeugter Reformist, wie Emil Lederer, ein so verbissener Hasser des Sozialismus wie Oswald Spengler, finden sich zusammen in der Erkenntnis, der technische Fortschritt sei längst kein Segen mehr. „Es hatte den Anschein", schreibt Professor Lederer in seinem letzten Buch, „daß der Segen des technischen Fortschritts eine Ideologie des kapitalistischen Unternehmers ist". Lederer, Spengler, der Amerikaner Chase, sie alle sind auf ein Rätsel gestoßen: Der technische Fortschritt bringt der Menschheit keine Erleichterung seines Schicksals; im Gegenteil, dieser Fortschritt ist zum Fluch der menschlichen Gesellschaft geworden. Zwar wissen sie alle keinen Ausweg, sie begnügen sich nur mit Feststellungen, sie bedauern, sie schütteln mit dem Kopf.

Welche Rolle aber der technische Fortschritt in der Sowjetunion spielt, ist auch in Deutschland genügend bekannt. In der Sowjetunion ist der technische Fortschritt ein Segen. Dort bedeutet technischer Forschritt: mehr freie Zeit, mehr Lohn.

Was in der Sowjetunion ein Segen, ist im kapitalistischen Deutschland ein Fluch.

Eins ist klar: Die Führer der kapitalistischen Gesellschaft, die Herren in den Konzernen und Trusten, in den Banken und Regierungsstuben sind unfähig, ein leidliches Leben für die Völker der kapitalistischen Länder zu organisieren. Das System ist bankrott.

Wo ist der Ausweg? 13 Jahre deutsche Revolution — 14 Jahre russische Revolution. In diesem Vergleich liegt die Antwort.

Der Weg Lenins oder der Weg Eberts? Der Weg Eberts ist der Weg von Noske und Groener zu Groener und Hitler. Der Weg Lenins ist der Weg zum Sozialismus.

Die große Auseinandersetzung über die Ueberlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus ist beendet. Die eifrigsten Verteidiger des kapitalistischen Systems müssen unter der Wucht der weltgeschichtlichen Ereignisse unserer Zeit den Bankrott des Systems zugeben. Aber auch die Auseinandersetzung in der Arbeiterbewegung über den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus neigt immer mehr ihrem Ende zu.

Seit vielen Jahren wird in der Arbeiterbewegung um den Weg, der den Traum von Jahrhunderten verwirklicht, gestritten. Ist der Weg der Zerschlagung des kapitalistischen Systems oder der Reformweg der richtige? Aber immer mehr fremder wird diese einst heiß umstrittene Frage. Die große Mehrheit des schaffenden Volkes hat inzwischen den Wert von Reformen in der kapitalistischen Gesellschaft zur Genüge kennengelernt. In den letzten Jahren sind verschiedene Reformen durchgeführt worden, andere stehen bevor. Aber was sind das für Reformen? Reformen der Arbeitslosenversicherung, Reformen des Tarifrechts, Reformen der Invalidenversicherung. Das ist nicht mehr und nicht weniger als die Zurücknahme durch die revolutionäre Erhebung vor 13 Jahren erkämpfter Errungenschaften. Brüning und Stegerwald haben am Freitag in der Sitzung des Parteiausschusses des Zentrums sehr eindringlich der deutschen Arbeiterschaft eine Lektion über Sozialreform im gegenwärtigen Kapitalismus gegeben.

14 Jahre russische Revolution — **der Weg Lenins.** 13 Jahre deutsche Revolution — **der Weg Eberts.** Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn der Streit in der Arbeiterbewegung über den Weg zum Sozialismus immer mehr seinem Ende zugeht. Die Kriegskunst, eine der ältesten Gebiete der menschlichen Forschung, kennt eine Regel: Nur die militärische Strategie und Taktik ist gut, die zum Sieg geführt hat. Nicht der General F[illegible], der es „besser weiß", sondern der gesiegt hat, wird gefeiert.

13 Jahr deutsche Revolution, 14 Jahre russische Revolution — deutscher Arbeiter, überlege!

# Weiterer Vormarsch der KPD

## Die Kommunalwahlen in Bremerhaven, Vegesack und Sonneberg

**Bremerhaven, 9. November. (Eig. Meldung.)**

**Hier fanden gestern die Kommunalwahlen statt. Die Wahlbeteiligung betrug 72 Prozent. Die Kommunistische Partei hat bei dieser Wahl einen starken Zuwachs zu verzeichnen, während die Sozialdemokraten an Stimmen verloren haben. Auch in Bremerhaven gewannen die Nazis wieder auf Kosten der bürgerlichen Parteien. Die Stimmen verteilen sich wie folgt:**

| | | |
|---|---|---|
| **Kommunisten** | **1868** | **(1593)** |
| **Sozialdemokraten** | **3808** | **(5819)** |
| **Nationalsozialisten** | **3098** | **(2621)** |

**Die Sitze verteilen sich dementsprechend: Kommunisten 5 (2); Sozialdemokraten 11 (15); Nationalsozialisten 9. Zu berücksichtigen ist, daß die Reichstagswahl, die hier zum Vergleich genommen worden ist, einen erheblich höheren Prozentsatz an Stimmen aufwies als die Kommunalwahl.**

**Vegesack, 8. November. (Eig. Meldung.)**

In Vegesack fanden heute die Kommunalwahlen statt, die einen starken Erfolg für die Kommunistische Partei brachten. An Stimmen erhielten:

| | | |
|---|---|---|
| **Kommunisten** | 245 | (164) |
| **Sozialdemokraten** | 575 | (590) |
| **Nationalsozialisten** | 935 | |
| **Deutschnationale** | 302 | |
| **Bürgerblock** | 427 | |

(Einheitsliste der Nazis, Deutschnationalen u. Bürgerblock im [illegible]) Die Wahlbeteiligung betrug 77,18 Prozent.

*

**Weimar, 9. November. (Eig. Meldung.)**

In der thüringischen Spielwarenstadt Sonneberg fanden gestern Kommunalwahlen statt. Sie brachten einen Erfolg für die Kommunistische Partei. Es erhielten Sitze:

| | | |
|---|---|---|
| **Kommunisten** | 4 | (3) |
| **Sozialdemokraten** | 5 | (7) |
| **Nationalsozialisten** | 10 | (5) |

# „Linke" SPD für Burgfrieden mit Nazi[illegible]

## Unter Groeners Protektorat! / SPD- und Reichsbannerarbeiter marschieren mit de[illegible] KPD beim roten Volksbegehren gegen Faschismus!

Unter der Ueberschrift: „Ein sehr guter Vorschlag" bringt das **Sächsische Volksblatt** in Zwickau die Anregung des berüchtigten sozialdemokratischen Polizeiobersten a. D. Schützinger, eine „Friedenskonferenz der deutschen Kampfverbände" einzuberufen mit dem Ziel:

1. Freiwilliger Verzicht auf alle politischen Aufmärsche unter freiem Himmel bis zum 1. April 1932.
2. Verzicht auf das Tragen der Parteiuniform.
3. Zusicherung einer anständigen politischen Kampfesweise.

Das Sächsische Volksblatt fügt hinzu:

**„Man kann sehr im Zweifel sein, ob zur Erreichung eines solchen Zieles eine Friedenskonferenz stattfinden muß. Wir könnten verstehen, wenn das Reichsbanner wenig Neigung hätte, sich mit den Mördern seiner Kameraden an einen Tisch zu setzen. Wenn man aber bereit ist, im Falle einer allgemeinverbindlichen Regelung auf Uniform und Aufmärsche zu verzichten, dann bedarf es keiner großen Konferenz. Dann mag Groener endlich handeln!"**

Das bedeutet nicht nur einen offenen Verrat am Kampfeswillen der Reichsbannerarbeiter, das ist offener Burgfrieden mit den Terrorbanden des Kapitals, den hier die ehemals „linken" SPD-Führer anbieten. Und das alles soll geschehen unter dem Protektorat des Generals Groener, dessen Ausspruch bei der Aufrechterhaltung der Militärdiktatur Wilhelms II. unauslöschlich in der Erinnerung der deutschen Arbeiterklasse bleibt.

# Gemeindearbeiterstreik

**Braunschweig, 9. November. (Eig. Bericht.)**

**Nach Mehrheitsbeschluß sind am Freitag die vier Baustellen des Tiefbauamtes, Flughafen, Tellbornwiese, Eisenbüttel und eine weitere Baustelle in den Streik getreten. Die Erregung in sämtlichen städtischen Betrieben wächst von Stunde zu Stunde, so daß eine Verbreitung des Streiks in Aussicht steht. Am Freitagabend fand eine Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes statt, die von etwa 200 Kollegen besucht war. Als ein Kollege den Antrag auf sofortige Erklärung des Streiks einreichte und die Bürokratie die Abstimmung darüber diktatorisch verhinderte, entstand eine allgemeine Empörung und neun Zehntel der Mitglieder verließen demonstrativ den Saal. Die Bonzen erklärten, daß die Gewerkschaftsführer darüber zu bestimmen hätten, ob gestreikt wird oder nicht.**

**Die Gemeindearbeiter werden auf diese Provokation die entsprechende Antwort geben.**

# Gen. Schlaffer, MdR, verhaftet

**Stuttgart, 9. November. (Eig. Meldung.)**

Hier fand am Sonnabend dem 7. November eine gewaltige Kundgebung zur Feier des 14. Jahrestages des siegreichen roten Oktobers statt. Die Versammlung war anfangs verboten und wurde später unter ungeheuren Bedingungen freigegeben. So mußte die Liste der Redner und der genaue Wortlaut der Referate angegeben werden. Sogar die Liedertexte mußten eingereicht werden. Als der kommunistische Reichstagsabgeordnete Genosse Schlaffer auf das stürmische Verlangen der Anwesenden hin eine kurze Ansprache hielt, die nicht angemeldet war, wurde ihm mit Verhaftung gedroht. Am Sonntag morgen drang die Polizei in das Haus, in dem Schlaffer wohnt, ein, ließ [illegible] Türen gewaltsam öffnen und verhaftete ihn aus dem Bett heraus. Genosse Schlaffer soll heute dem Schnellrichter zugeführt werden.

# 6 Prozent Lohnabbau bei Metallern

**Für die Lüdenscheidter Metallindustrie wurde am Sonntag ein Schiedsspruch gefällt, der von den Unternehmern, reformistischen und christlichen Gewerkschaften angenommen wurde. Dadurch wird der Lohn in der Lüdenscheidter Metallindustrie um 6 Prozent abgebaut.**

# Jungkommunisten für Volksbegehren

**In einem Aufruf an alle Jungkommunisten Sachsens erklärt das Sekretariat der sächsischen BL des KJVD, daß im roten Volksbegehren die Jungkommunisten mit aller Kraft für die Herstellung der roten Einheitsfront der Jugend gegen jede Verschlechterung der Lebenslage der werktätigen Jugend und gegen den Faschismus kämpfen werden. Nach einer Anzahl konkreter Anweisungen an die Organisation gipfelt der Aufruf, den wir noch im Wortlaut veröffentlichen werden, in dem Kampfruf: Jungkommunisten Sachsens! Auf die Schanzen für das rote Volksbegehren!**

# Keine Absage des Zentrums an Hitl[illegible]

Die gestrige Dresdner Volkszeitung schwindelt: „Absage an Hitler." Aber selbst die Deutsche Allgemeine Zeitung vom 6. [illegible] schreibt zu der Tagung des Parteiausschusses des Zentrums:

„Prälat Kaas erwähnte in seiner Eröffnungsansprache und wies darauf hin, daß sich die Zentrumsführung bei der letzten Reichstagssession im Oktober eindeutig gegen eine Zusammenarbeit mit rechts ausgesprochen habe. Er fügte hinzu, wir sehen darin den entscheidenden Satz seiner Rede nach der Richtung: „Mir ist nicht bekannt, daß inzwischen Tatsachen eingetreten wären, die geeignet sind, die sachlichen Voraussetzungen des damaligen Beschlusses zu verändern oder herabzumindern." Wer politisch zu lesen versteht, entnimmt daraus, daß der Zentrumsführer es mit seiner Partei keineswegs für ausgeschlossen betrachtet, daß solche „Tatsachen" und „Voraussetzungen" etwa in Zukunft eintreten könnten. Alle Dementis also, die von einer angeblichen „Absage" des Zentrums an eine Rechtsorientierung sprechen, sind unseres Erachtens verkehrt falsch."

In der Tat wurden die Reden auf der Zentrumstagung gehalten im Hinblick auf die Stillhalte- und Reparationsverhandlungen, sie waren also diktiert von dem Gedanken, welchen Eindruck man im kapitalistischen Ausland machen werde. Dabei wurde das Freundschaftsverhältnis zu Hitler keineswegs getrübt.

# Ein vorbildliches Einheitskomitee

**In Edingen (Baden) wurde am 4. November in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung ein Einheitskomitee gewählt, dem 5 sozialdemokratische, 3 kommunistische und 2 parteilose Arbeiter angehören.**

**Die Edinger Arbeiter schließen die Einheitsfront gegen Faschismus und Lohnabbau.**